



DIE AfD – KEINE ALTERNATIVE FÜR ERWERBSLOSE „Mut zur Wahrheit“

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Zielen der AfD zur Arbeits- und Sozialpolitik.

Aus Einzelteilen der Programme der AfD ein Puzzle mit dem Focus auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der AfD zusammen zu setzen ist erforderlich, um diese Partei in der Öffentlichkeit mit ihrer „Wahrheit“ bzw. ihrem Verschweigen konfrontieren zu können.

Die AfD spricht jene an, denen 25 Jahre wirtschaftliche Erfolge und Wohlstand entgangen sind, diejenigen, die Agenda-Politik und 11 Jahre Hartz-IV erlebt haben. Es sind vor allem die mittleren Jahrgänge im Alter zwischen 30 und 59 Jahren, in denen die AfD überdurchschnittlich erfolgreich ist. In der Arbeiterschaft, bei Erwerbslosen und bei Geringverdienern kann die AfD am meisten punkten. Und es sind mehr Männer als Frauen, die AfD wählen.

(Im Jahr 2015 waren in Deutschland mindestens 4,3 Millionen erwerbsfähige Menschen arbeitslos und 6,2 Millionen Menschen waren Hartz IV-Empfänger als Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft (Statistik Agentur für Arbeit 2016). Wegen statistischer Tricks der Bundesagentur dürfte die Zahl allerdings noch höher liegen.) Hier liegt ein nicht zu unterschätzendes Wählerpotential. Und deshalb ist es nicht verwunderlich, dass das Thema Hartz IV in der öffentlichen Diskussion von der AfD gemieden wird.

In AidA, Arbeitnehmer in der AfD, heißt es: „... stellen Arbeitnehmer ein nicht unerhebliches Wählerpotential für die AfD dar. ...“ Das erklärt, warum es bei der AfD Bemühungen gibt sich trotzdem, wenn auch nur rudimentär, ohne Mitwirkung von Fachleuten oder Betroffenen, einseitig arbeitgeberlastig mit der Thematik zu beschäftigen.

„... Die politische Gestaltung der Bedingungen des Erwerbslebens und aller Systeme, die den Erwerbslosen ausreichende Existenzbedingungen gewährleisten, gehört daher zu den bedeutungsvollsten Politikfeldern moderner Staatlichkeit. ...“¹

steht auf den ersten Blick im Widerspruch mit:

„... Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. ...“²

Kein Widerspruch ist es, wenn man im AfD-Programm von der geplanten weiteren Verschlankung des Staats liest mit der Auflösung der Bundesagentur für Arbeit. „... Danach gibt es nur noch einen öffentlichen Dienstleister am Arbeitsmarkt: das kommunale Jobcenter. Das entspricht einer flächendeckenden Ausdehnung des bereits praktizierten „Optionsmodells“ bei Leistungen nach dem SGB II. ...“¹

Die Wahrheit über die AfD, die sich als Vertreter des „kleinen Mannes“ und des „Volkes“ gibt, ist, dass, neben ihren im Vordergrund stehenden, rechten, aggressiven Forderungen und Parolen zur Flüchtlingspolitik und Islam, eine radikale, neoliberale Politik steht.

„... Wir denken und handeln wirtschaftsliberal und wertkonservativ. Niemals sollte es sich lohnen, staatliche Sozialleistungen leistungslos zu kassieren, anstatt zu arbeiten, soweit dies Alter und Gesundheit zulassen. ...“³

Das Vorhaben die paritätisch finanzierte Sozialversicherungen zu privatisieren, beginnend mit der Arbeitslosenversicherung, ist das ökonomisch Wichtigste in den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Vorstellungen der AfD.

Die aktuell praktizierte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist zweifellos generalüberholungsbedürftig. Ein Kreuz auf dem Stimmzettel bei der AfD wird die Situation von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten ohne Zweifel weder verbessern noch die Möglichkeiten bieten mit demokratischen, legalen Mitteln auch nur die geringste positive Änderung herbeizuführen, sondern die Situation der Betroffenen drastisch verschlechtern.

Folgende Themenbereiche sind für Erwerbslose relevant:

Die AfD hält nicht sehr viel von **Gewerkschaften**

„... In den vergangenen Jahrzehnten sind innergewerkschaftliche Strukturen entstanden die einer Korrektur bedürfen, ...“⁴

„... Die Betriebsräte vor Ort müssen unabhängiger von gewerkschaftlichen Einflüssen gemacht werden ...“⁴

„... Für die AfD sind Gewerkschaften ausschließlich da, um Arbeitnehmerinteressen im Betrieb und gegenüber Tarifpartnern zu vertreten. Stellungnahmen zu politischen Themen stehen Gewerkschaften nicht zu. ...“⁴

AfD-Sympathisanten, bestehen auf Rechten der Meinungsfreiheit wie „Wir lassen uns den Mund nicht verbieten“ oder „Wir sagen unbequeme Wahrheiten“. Im Programm der AfD werden Gewerkschaften und damit denjenigen, die sie vertreten, Erwerbslose und Beschäftigte, jedoch diese Rechte verwehrt.

Ohne Gewerkschaften wären neoliberale Arbeitsmarktvorstellungen ohne Widerstand umsetzbar.

„... Deshalb fordern wir eine Beendigung aller direkten und indirekten Förderprogramme für Linksextremisten und linksextremistische Organisationen. Vereine, die Kontakte zu derartigen Organisationen unterhalten, dürfen keine Steuergelder erhalten. ...“⁵

Damit ist ausgedrückt, wie weit sich die AfD im Denkansatz politisch nach rechts bewegt, bis hin zur Verfolgung linker Organisationen.

Mindestlohn

Ohne Mindestlohn hätten Erwerbslose, speziell Hartz IV-Empfänger, wenig Chancen dem Kreislauf Niedriglohnsektor zu entkommen.

„... Wir bekennen uns zum gesetzlich definierten Mindestlohn. ...“¹ und AidA ergänzt es um: „... dass die Qualifikation eines Arbeitnehmers die Bezugsgröße beim Entgelt sein

muss und nicht ein festgeschriebener, gesetzlich definierter Mindestlohn. ...“, womit der gesetzliche Mindestlohn zum Papiertiger wird. Mit „... Der Abbau bürokratischer Hindernisse und Auflagen muss ebenso umgesetzt werden, die Administration mit dem Mindestlohn vereinfacht werden, da diese derzeit einen nicht unerheblichen Anteil am zeitlichen Aufwand bei Arbeitgebern abfordert. ...“ und „... Wir wollen keine sittenwidrigen Löhne, aber auch keine Lohnfestsetzungen durch den Staat in der privaten Wirtschaft. ...“⁵ wird klar, dass Arbeitgeber von Kontrollen entlastet werden sollen und sich die AfD vom Mindestlohn bereits verabschiedet hat.

Kontrollmechanismen und Offenlegung werden von der AfD stattdessen an Positionen gefordert, die mit Wirtschaft oder Vermögen nichts zu tun haben sondern u. a. bei Organisationen, die als potentielle Gegner oder Bremser des Neoliberalismus gelten.

„... In unserem Land hat sich eine Sozialindustrie mit Selbstbedienungsmentalität entwickelt. Die Geschäftsführer einiger Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmen kassieren höhere Gehälter als die Kanzlerin und erhalten riesige Pensionsansprüche, auch von unserem Steuergeld finanziert. Die AfD verlangt die Offenlegung der Zahlungen und unterstützt die Forderung des Landesrechnungshofs nach einem Prüfungsrecht. ...“⁶

Armut

Betroffen von Armut sind je nach Definition und Region deutschlandweit ~20%, Tendenz steigend. Finanziell Verarmte werden von der AfD zum Teil als Opfer inszeniert, im Sprachgebrauch und Auffassung aber als Schuldige gesehen. Für Flüchtlinge heißt das „Schluss mit „Multikulti“ bei Armut werden Begriffe wie „Sozialromantik“ verwendet. „...Dadurch wächst die Gefahr, dass aus einer organisierten Hilfe für Menschen in Not eine soziale Hängematte für Betroffene und eine lukrative Einkommensquelle für findige Sozialunternehmer und ihre Mitarbeiter wird. ...“⁵

Zur Bekämpfung der Armut...

„... Der beste Schutz gegen Krankheit und Armut sind intakte Familien, Bildung und Arbeit. ...“⁵

...setzt die AfD auf die Familie als Teilersatz für die sozialen Leistungen, die der Verschlan-
kung des Staates geopfert werden sollen.

„... Viele Politiker der Altparteien haben wenig Interesse an der Aufklärung, da sie selbst in den Gremien von Sozialdiensten sitzen. Die AfD wird dafür sorgen, dass das Geld von Steuerzahlern und Spendern wieder den Bedürftigen zu Gute kommt. ...“⁶

Insgesamt fällt der AfD nicht viel ein. Es kommt eine Umverteilung zur Sprache, die in ihrer neoliberalen Zielsetzung ignoriert, wo sich das Kapital befindet. Anstatt Banker, Manager, Konzernvorstände, Erben, Millionäre und Milliardäre in die Verantwortung zu nehmen, ...

„... Eine gesetzliche Beschränkung, auf bspw. das 20-fache eines Managergehalts im Vergleich zum durchschnittlichen Arbeitslohn, wird aber dem Ziel nicht gerecht werden, da wir der sozialen Marktwirtschaft die Freiheit und Verantwortung einräumen wollen und werden, ...“⁴

... werden diesen weitere Freiheiten eingeräumt.

„... Die AfD steht für eine bewusste Willkommenskultur für Gründer und Unternehmer! ...“⁵

Menschenwürde und Menschenrechte sucht man in sämtlichen Programmen der AfD vergeblich.

Entkernung der sozialen Sicherungssysteme

Große Teile dieser Partei wollen, dass die Sozialversicherungen nur noch von Arbeitnehmern finanziert werden. Die Arbeitslosenversicherung soll als erstes komplett privatisiert werden.

Eine Privatisierung der Arbeitslosenversicherung wäre ein drastischer Schritt weg von der paritätisch finanzierten Arbeitslosenversicherung und würde eine Erhöhung der Zahlung für Arbeitnehmer*innen bedeuten bei gleichzeitiger Minderung der Leistungen. Gewinner wären einzig Arbeitgeber, die befreit wären von ihrem Sozialversicherungsbeitrag und die Versicherungswirtschaft.

Mit dem von der AfD propagierten „Mut zur Wahrheit“ will diese Partei in einem für das Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland außergewöhnlichen Umfang die staatlichen sozialen Sicherungssysteme massiv entkernern. Die Dimension und geplante Geschwindigkeit der Umsetzung derartiger Forderungen ist größer als bei allen anderen deutschen Parteien. Selbst wirtschaftsliberale Abgeordnete halten sich mit Vorschlägen, grundlegende Systeme der sozialen Sicherung abzuschaffen, eher zurück. Wohl auch weil sie wissen, wie wenig Rückhalt sie mit derartigen Forderung in der Bevölkerung hätten.

Arbeitslosenförderung

Hier tritt die AfD für eine „... **Reduzierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente ...**“ ein, da die Wirtschaftsverbände „... **ein natürliches Interesse an einem großen Arbeitskräfteangebot ...**“ hätten. „... **Jede Arbeitsmarktpolitik dagegen kann nur das Ziel verfolgen, die Arbeitslosenquote zu verringern, was aber die Auswahl für personalsuchende Unternehmen schmälert. Aufgabe einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ist es, beide Interessen zu beachten. ...**“⁷

Hier zeigt die AfD ihr arbeitslosenfeindliches Gesicht: Sie orientiert sich am Bedarf der Unternehmen, der sich für ein großes „Arbeitskräfteangebot“ ausspreche. So sollen Menschen gezielt in der Erwerbslosigkeit belassen werden und scheinheilig wird von „beide Interessen“ geredet. Notwendig ist dagegen, die Rechte von Erwerbslosen auszubauen und die Qualität von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen deutlich zu erhöhen und finanziell zu sichern.

Regelbedarf - Regelsatz

Eine Anhebung der Hartz-IV-Sätze oder eine Abschaffung der Sanktionen kommt für die AfD nicht infrage.

Die Parteichefin Frauke Petry will ausdrücklich keine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze. Aus ihrer Sicht „... **gefährden wir mit höheren Hartz-IV-Sätzen die finanzielle Leistungsfähigkeit aller Gebietskörperschaften ...**“ und deshalb lehnt sie entsprechende Forderungen des DGB ab.⁸ Lydia Funke, eine Abgeordnete der AfD in Sachsen-Anhalt will den Hartz-IV-Satz sogar absenken, „... **um die Leute wieder zu fordern, dass sie in Arbeit gehen ...**“.⁹

Das Programm der sächsischen AfD spricht sich außerdem für ein deutliches Lohnabstandsgebot gegenüber der „Gesamtleistung ‚Hartz IV‘ und der Bezahlung in unteren Lohngruppen“ aus.¹⁰

Sanktionen

Die AfD nimmt bis jetzt zu den in der Öffentlichkeit heiß diskutierten Sanktionen keinen eigenen Standpunkt ein. Eine grundsätzliche Haltung zu Sanktionen fehlt völlig und es ist zu vermuten, dass das von der AfD oft geforderte „Eigenengagement“ und die geforderte „Mitwirkung“ der Erwerbslosen nur mit der Androhung von Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden.

Wie das „Eigenengagement“ aussehen soll und welche Sanktionen bei Mangel des „Eigenengagement“ ausgesprochen werden, lässt die AfD deshalb derzeit bewusst offen.

Präventiv zur Arbeitseinstellung und zur Mitwirkung des Bürgers soll an Schulen gewirkt werden. Unter der Überschrift „**Tugenden vermitteln!**“ wünscht die AfD neben den grundlegenden Kulturtechniken „**die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein**“ als Lernziel der Schulen: „**Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität**“. Weiterer Bildungsauftrag der Schulen: einen „**positiven Bezug zu Deutschland**“ fördern.¹⁰

Bürgerarbeit statt Hartz IV

Die baden-württembergische AfD sprach sich in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 für eine „**Bürgerarbeit statt Hartz IV**“ aus. Nahezu identische Forderung haben die Landesverbände Bremen und Hamburg der AfD in ihren Wahlprogrammen zu den Bürgerschaftswahlen erhoben.¹¹ Nur der Landesverband Bremen hat die Forderung nach „**Bürgerarbeit statt Hartz IV**“ um den Zusatz einer „**fakultativen**“, das heißt freiwilligen Tätigkeit ergänzt.¹² Die baden württembergische AfD hat auf diesen Zusatz jedoch verzichtet, wenn sie die Forderung aufstellt:

„... Die AfD Baden-Württemberg setzt sich für ein Pilotprojekt ‚Bürgerarbeit statt Hartz IV‘ ein. Unter Bürgerarbeit ist die Ausübung gemeinnütziger Arbeit durch Langzeitarbeitslose zu verstehen, die nicht unmittelbar in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt steht. Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfassen und mit ca. 1.000 EUR monatlich sozialversicherungspflichtig entlohnt werden. ...“¹³

Die Parteispitze kann und will keine konkreten Zahlen zu den erwarteten Kosten einer „Bürgerarbeit“ für den Steuerzahler angeben. Von einschränkenden Kriterien, wie Wettbewerbsneutralität und Zusätzlichkeit ist keine Spur zu finden.

Wir sehen in einer mit Zwangsmaßnahmen verbundenen Bürgerarbeit einen Einstieg in eine Arbeitspflicht. Gleichzeitig würde damit die Pflicht der öffentlichen Haushalte, staatliche Dienstleistungen anzubieten, abgeschafft werden.

Gratis-Helfer

Freiwillige Helfer, speziell bei der Polizei, sind gern gesehen bei der AfD. Damit wird ein Instrumentarium des praktizierten Neoliberalismus übernommen, um zur weiteren Verschlankeung des Staats dem Bürger einen (billigen) Ersatz in seinem Sicherheitsbedürfnis zu bieten.

„... Zur Unterstützung der Polizei wollen wir die Einführung einer Sicherheitswacht nach dem Muster der bayerischen und sächsischen Landespolizei prüfen. Der Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer erfolgt unter Kontrolle und Anleitung von ausgebildeten Polizeibeamten. ...“⁶

„... Die AfD setzt sich für die Wiedereinführung eines freiwilligen Polizeidienstes in Berlin ein. ...“⁵

Auswirkungen

Die AfD, gewählt in den Bundestag in einer wahrscheinlich zu erwartenden Größenordnung von >10%, hat zwei Optionen: sich an der Regierung zu beteiligen oder nicht. Diese Partei wird sowohl öffentlichkeitswirksam tätig werden mit Aktionen (Burka-auftritt, GEZ-Gebührenverweigerung) im Bundestag, als auch Blockieren in den Gremien und Ausschüssen. Bereits ohne Bundestagsmandat treibt sie etablierte Parteien nach rechts (Asylgesetze) und motiviert die Umsetzung konservativer Haltungen der Regierungsparteien (Verschärfung durch die Hartz-IV-Novelle, Vorschlag zum Regelbedarf). Sind sie erst in Gremien und Ausschüssen vertreten, wird sich das wesentlich deutlicher bemerkbar machen. Neben Blockade wird die AfD die Unterstützung neoliberaler, wertkonservativer, rechter Projekte betreiben. Es ist im Bereich der Wahrscheinlichkeit, dass konservative Kreise der etablierten Parteien dann die Zusammenarbeit in bestimmten Projekten mit der AfD in Erwägung ziehen.

„... Peter Radunski hat keine Funktion mehr in der CDU, aber eine Geschichte – als Berliner Kultursenator, vor allem aber als erfahrener, erfolgreicher, gewiefter, manche sagen auch: als genialer Wahlkampfmanager. Er weiß also nicht nur, worüber er spricht, sondern auch, wie es wirkt, wenn er mitten in den Wahlkampf von Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hinein seiner Partei empfiehlt, der AfD Koalitionsverhandlungen anzubieten, und zwar „ernsthaft“. ...“¹⁴

„... Hannovers CDU-Ratsfraktionschef will die Zusammenarbeit mit der AfD nicht abschließen ...“¹⁵

Die AfD hat bereits massiven Schaden angerichtet. Das öffentliche Auftreten Rechter wurde gesellschaftsfähig. Konservative Kreise fühlen sich motiviert den Neoliberalismus weiter zu pflegen und auszubauen.

Fazit:

Die Unzufriedenheit der Wählerschaft mit der praktizierten Politik, speziell in der Flüchtlingsproblematik, angeheizt durch die AfD und rechte Organisationen, die die AfD unterstützen, generiert ein Widerstandsdenken gegen die etablierten Parteien, das die Folgen der Wahlen ausblendet.

Es ist in Parteiprogrammen und Veröffentlichungen der AfD absolut nichts zu entdecken das Erwerbslosen wie Beschäftigten auch nur die geringste Verbesserung bringt. Gewinner der Vorhaben der AfD werden einzig Wirtschaft und Vermögende sein. Es zeichnet sich ab, dass mit einer Wahl der AfD beim Neoliberalismus der Turbo eingeschaltet wird. Verlierer werden Arbeiterschaft, Erwerbslose und Geringverdiener sein, die Enttäuschten, die mit den größten Abstiegsängsten. Die Hauptgruppe, die die AfD wählt, schadet sich damit selbst am meisten, es ist paradox.

Die AfD ist nicht nur für Erwerbslose in ver.di absolut inakzeptabel.

Quellen:

- 1 Quelle: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, ARBEITSMARKT UND SOZIALPOLITIK
- 2 Quelle: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, DEMOKRATIE UND GRUNDWERTE
- 3 Quelle: AfD Landesverband Hamburg, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, S.5: <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrgerschaftswahl-Programm-D.pdf>
- 4 Quelle: AidA Arbeitspapier April 2016
- 5 Quelle: AfD Berlin Wahlprogramm
- 6 Quelle: Wahlprogramm AfD Mecklenburg-Vorpommern
- 7 Quelle: Landeswahlprogramm Sachsen-Anhalt 2016
- 8 Quelle: AfD-Fraktion Sachsen. „Dr. Frauke Petry: Höhere Hartz-IV-Sätze gefährden den Sozialstaat“. Pressemitteilung vom 5.2.2015. <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/dr-frauke-petry-hoehere-hartz-4-saetze-gefaehrden-den-sozialstaat.html> aufgerufen am 1.5.2016
- 9 Quelle: Frontal 21. Bericht vom 08.03.2016. <http://www.zdf.de/frontal-21/die-denkbettel-parteiwofersteht-die-afd-42601822.html> aufgerufen am 1.5.2016
- 10 Quelle: AfD Sachsen Wahlprogramm 2014. S.10
- 11 Quelle: AfD Landesverband Hamburg, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, S.25: <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrgerschaftswahl-Programm-D.pdf> aufgerufen am 1.5.2016
- 12 Quelle: AfD Landesverband Bremen Wahlprogramm 2015. S.15. http://www.alternativefuer-bremen.de/wp/wp-content/uploads/2015/05/2015-05-04_AfD-Bremen_Wahlprogramm-2015_V2.6-3.pdf aufgerufen am 1.5.2016
- 13 Quelle: Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg. S.27. <http://afd-bw.de/wahlprogramm/> aufgerufen am 1.5.2016
- 14 Quelle: Vor der Berlin-Wahl: Ein Koalitionsangebot an die AfD ist obszön - Berlin – Tagesspiegel, 31.08.2016 18:14 Uhr
- 15 Quelle: Niedersachsen: Blinker rechts?: Sehnsucht nach dem Stahlhelm – taz.de, 01.09.2016

Folgende Texte dienen als Grundlage:

Wie sozial ist die AfD wirklich? Eine Expertise zu Positionen in der AfD bei der Sozial- und Steuerpolitik KATHARINA NOCUN Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen im Juni 2016.

ver.di Argumentationskarten, AG „Rechtsextremismus“ in ver.di Berlin-Brandenburg, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Arbeitspapier HARTZ IV - AfD des Landeserwerbslosenausschusses ver.di Bayern im August 2016

Fehler in den Quelltexten bitten wir zu entschuldigen. Die Texte wurden original übernommen.